



Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Aufforstung statt CO₂-Abzocke!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für das vollständige Ende der sogenannten Klimapolitik in ihrer jetzigen Ausgestaltung in all ihren Aspekten auf dem Staatsgebiet Bayerns einzusetzen. Dies bedeutet

- die Abschaffung jeglicher CO₂-Bepreisung,
- die Aufhebung aller Verbote, Quoten und bürokratischen Vorgaben, die mit Klimapolitik begründet werden,
- das vollständige Ende der sogenannten Energiewende, Wärmewende, Gebäudewende, Verkehrswende und Ernährungswende,
- die schrittweise Einstellung sämtlicher staatlicher Subventionen in diesem Bereich unter Wahrung vertraglicher Bindungen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- im Gegenzug die jährlich entstehenden anthropogenen CO₂-Emissionen im Freistaat durch Aufforstungsprojekte in Bayern (mindestens 2 Prozent der Landesfläche), Deutschland, der EU und weltweit zu kompensieren, sodass bis 2045 die gesamten anthropogenen CO₂-Emissionen des Freistaates durch die entsprechende Fläche an Wäldern ausgeglichen werden,
- Maßnahmen zur Anpassung an die Erderwärmung und den Klimawandel weiterzuführen und zu verbessern.

Begründung:

Die in Deutschland und Bayern staatlich vorangetriebene Dekarbonisierungspolitik führt zu massiven Kostenbelastungen, welche weder Unternehmen und Kommunen noch Privathaushalte stemmen können. Sie führt zu Armut und Deindustrialisierung.

Im Jahr 2024 betrug der bayerische Anteil an den bundesweiten Kosten und Subventionen für die CO₂-Bepreisung, die EEG-Förderung (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz), die Stromkreis kompensierung, den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft, die Förderung der E-Mobilität, den Zwangsumstieg auf nicht-fossile Heizungen im Gebäudesektor, die Wärmewende und weitere Dekarbonisierungsmaßnahmen insgesamt 13,2 Mrd. Euro, was Kosten in Höhe von etwa 1.000 Euro pro Person entspricht (Umweltbundesamt 2025; Bundesregierung 2023).

Zusätzlich gibt die Staatsregierung pro Jahr durchschnittlich 930 Mio. Euro an Steuergeldern für „Klimaschutz“-Maßnahmen und die Umsetzung der Energiewende aus (Drs. 18/20042; Epl. 07 für 2024/2025).

Die renommierten Beraterunternehmen McKinsey (2024) und PricewaterhouseCoopers (2021) kommen zu erheblich höheren Einschätzungen hinsichtlich der Kosten für die

grüne Transformation, Klimapolitik und Energiewende. Demnach beläuft sich der bayerische Anteil auf rund 57 bis 92 Mrd. Euro pro Jahr, was einer Belastung von etwa 4.400 bis 7.000 Euro pro Person entspricht.

Jede Politik, besonders, wenn sie Kosten verursacht und Steuergelder in Anspruch nimmt, muss einer gründlichen Kosten-Nutzen-Abwägung unterzogen werden. Auch wenn die Annahmen über die Kosten des Klimawandels, die von engagierten Instituten häufig überschätzt werden, da sie alle möglichen Faktoren einbeziehen, berücksichtigt werden, zeigt sich, dass die aktuellen Kosten für die grüne Transformation, Energiewende und den Klimaschutz die jetzigen sowie zukünftigen möglichen Kosten des Klimawandels bei Weitem übertreffen. Laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (2024) belaufen sich die dem Klimawandel zugeschriebenen Kosten in Bayern im Jahr 2024 auf ca. 1,1 Mrd. Euro, also 86 Euro pro Person. Für das Jahr 2045 werden die maximalen Kosten des Klimawandels in Bayern auf 7,8 Mrd. Euro geschätzt, was 600 Euro pro Person entspricht (Bundesregierung, 2023).

Angesichts des eklatanten Unterschieds zwischen den aktuellen Ausgaben für Klimaschutz und Dekarbonisierung in Bayern und den erwarteten Kosten der Erderwärmung muss der gesamte Ansatz in der sogenannten Klimapolitik grundlegend überdacht werden. Während Maßnahmen zur Anpassung an die Erderwärmung durchaus sinnvoll und kosteneffizient sind, ist der Versuch, anthropogene CO₂-Emissionen zu vermeiden, äußerst freiheits- und wirtschaftsschädlich. Diese Maßnahmen führen nicht nur zu Deindustrialisierung und Verarmung, sondern auch zu erheblicher Naturzerstörung. Statt weiterhin auf teure Abgaben, Quoten und Verbote zu setzen, sollte Bayern einen neuen Ansatz verfolgen, der stattdessen auf natürlicher CO₂-Speicherung durch Aufforstungsprojekte basiert. Diese Projekte bieten eine nachhaltige, kostengünstige Möglichkeit, die CO₂-Emissionen zu reduzieren, ohne die Wirtschaft zu belasten oder die Umwelt weiter zu schädigen.

Bayern stößt jährlich etwa 86 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente an Treibhausgasen aus (Landesamt für Statistik, 2025). Ein durchschnittlicher borealer Hektar Wald kann jährlich rund 11 Tonnen CO₂ speichern (Drs. 19/214), während (sub-)tropische Wälder etwa 20 Tonnen CO₂ pro Jahr pro Hektar speichern können (Bernal et al., 2018). Um die jährlich entstehenden CO₂-Emissionen zu kompensieren, könnte die Staatsregierung sich das Ziel setzen, bis 2045 insgesamt 7 bis 4,3 Mio. Hektar Wald in Bayern, Europa und weltweit durch Aufforstungsprojekte zu pflanzen. Dieser Ansatz wäre nicht nur eine effektive Methode zur CO₂-Kompensation, sondern könnte auch langfristig zur Förderung der Biodiversität und der ökologischen Stabilität beitragen.

Mit 17,6 Euro pro Tonne CO₂ ist Aufforstung deutlich günstiger als die derzeitige Dekarbonisierungspolitik (Drs. 19/214). Die CO₂-Abgabe in Deutschland liegt bei 55 Euro pro Tonne, während der durchschnittliche Preis für ein CO₂-Zertifikat im europäischen Emissionshandelssystem bei 67 Euro pro Tonne liegt. Aufforstung bietet somit eine kostengünstigere Möglichkeit zur CO₂-Kompensation. Besonders günstig sind Wiederaufforstungsprojekte im globalen Süden. So kostet die Bindung von einer Tonne CO₂ durch Aufforstung in Gabun nur 2,7 Euro pro Tonne (OECD, 2021). Für ganz Bayern würde der Ansatz der Aufforstungspolitik im Durchschnitt lediglich 1,5 Mrd. bis 232,2 Mio. Euro pro Jahr kosten – deutlich weniger als die derzeitigen Kosten von insgesamt 14,1 Mrd. Euro jährlich. Würde die Staatsregierung diese Politik umsetzen und eine gleichmäßige Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern annehmen, müssten jährlich höchstens 100 bis nur 15 Mio. Euro aus dem Staatshaushalt getragen werden.

Die Staatsregierung sollte aus Wirtschafts- und Wohlstandsinteressen, aus Gründen der Kosteneffizienz und im Einklang mit dem Erhalt unserer natürlichen Ressourcen den derzeit verfolgten Ansatz der anthropogenen Dekarbonisierung grundlegend überdenken und stattdessen auf natürliche CO₂-Speicherung durch gezielte Aufforstungsprojekte setzen. In diesem Zusammenhang könnte und sollte sich die Staatsregierung auf Bundes-, EU- und Landesebene für die vollständige Streichung der CO₂-Bepreisung sowie aller damit verbundenen Dekarbonisierungsmaßnahmen, wie im Rahmen der Energiewende, Wärmewende, Gebäudewende, Verkehrswende und Ernährungswende, einsetzen. Eine solche Politik würde nicht nur das Potenzial bieten, die bayerische Wirtschaft schnell und nachhaltig zu stärken, sondern auch die Entwicklung und Entfaltung des Wirtschaftsstandorts Bayern auf lange Sicht fördern – ganz ohne die

belastenden Auswirkungen der aktuellen grünen Deindustrialisierung. Zugleich würde eine konsequente Fokussierung auf natürliche CO₂-Bindungsstrategien einen erheblichen Beitrag zum Erhalt unserer Umwelt und der Wälder leisten.